

Arnold kritisiert Koalitionspläne

„Gewerbesteuer und Steuerprivileg müssen erhalten bleiben“

Mit 17 Milliarden Euro Mindereinnahmen müssen die Kommunen nach Berechnungen des Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold im kommenden Jahr rechnen, falls die Koalitionspläne von Union und FDP voll umgesetzt werden. Für Arnold wäre besonders die Abschaffung der Gewerbesteuer fatal.

Nürtingen. „Dann können die Kommunen ihre Aufgaben für die Bürger nicht mehr wahrnehmen. Sie haben keine Eigenfinanzierung mehr und hängen am Tropf des Landes und des Bundes. Dann sparen die Kommunen an freiwilligen Leistungen wie etwa in den Bereichen Kultur und Vereinsförderung,“ schreibt Arnold in einer Pressemitteilung. Wenn es nach Schwarz-Gelb geht, werden die Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe, die hoheitliche Leistungen erfüllen, genauso besteuert wie die

privaten Unternehmen. Hoheitliche Aufgaben sind die, die dem Staat obliegen, etwa die Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung oder auch das Betreiben von Friedhöfen. Sie gehören zu den Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bisher müssen die kommunalen Unternehmen lediglich kostendeckend arbeiten und sind von der Umsatzsteuer befreit. „Wenn nun das Steuerprivileg etwa für die Kläranlage fällt, geraten sie ins Hintertreffen, da sie ihre Dienste nicht überregional anbieten dürfen,“ so Arnold. Die Folge wäre, dass die Umsatzsteuer auf die Preise umgelegt wird. Laut Expertenschätzungen erhöhen sich dann die Gebühren für Müll und Abwasser um 12 bis 20 Prozent.

Zu drastischen Mindereinnahmen der Kommunen führe zudem die von Schwarz-Gelb geplante Senkung der Einkommenssteuer, denn 15 Prozent dieser Steuer gehen an die Kommunen, den Rest teilen sich Bund und Länder. Außerdem seien die Kommunen mehrfach belastet, weil Steuer-

einbrüche beispielsweise auch an die Kommunen durchgereicht werden.

Gleichzeitig würden aber, so Arnold, die Ausgaben der Kommunen steigen, etwa für den Ausbau der Kindergartenbetreuung. „Damit wären die Länder doppelt belastet“, warnt der SPD-Abgeordnete, „die Kommunen kämpfen schon jetzt mit steigenden Sozialausgaben und gewaltigen Kassenkrediten.“

Auch CDU-Länderchefs würden mittlerweile gegen die schwarz-gelben Pläne Sturm laufen. Zudem bleibe den Ländern durch die Schuldenbremse im Grundgesetz ohnehin nicht viel Spielraum für neue Schulden.

Für Rainer Arnold ist klar, dass die geplanten Steuerausfälle so nicht leistbar sind. Angesichts der dramatischen Lage der kommunalen Haushalte werde die SPD-Fraktion im Bundestag auf die Einrichtung eines kommunalpolitischen Ausschusses beim Bundestag dringen und eine Enquetekommission zur Lage der Kommunen fordern. pm